

**A N F R A G E** von Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) und Christian Lucek (SVP, Dänikon)

betreffend Sachplan Asyl (SPA), Bundesasylzentrum (BAZ) Rümlang, Aufbau störender Ungleichheiten

---

Auf der militärischen Anlage «Camp Haselbach» in Rümlang soll ab 2023 ein Bundesasylzentrum eingerichtet werden. Dieses soll als Ausreisezentrum konzipiert werden und für mindestens 150 Migrant\*innen Platz bieten.

Gemäss Art. 3 Abs. 4 lit. a des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz RPG) vom 22. Juni 1979, Stand 1. Januar 2016, sind für die öffentlichen oder im öffentlichen Interesse liegenden Bauten und Anlagen sachgerechte Standorte zu bestimmen. Insbesondere sollen dabei regionale Bedürfnisse berücksichtigt und störende Ungleichheiten abgebaut werden. Der Entwurf des SPA erfüllt diese Anforderungen nicht.

Dem Erläuterungsbericht zum SPA ist zu entnehmen, dass über 10 Standorte geprüft wurden. Die verworfenen Standorte waren unter anderem aufgrund mangelnder politischer Unterstützung nicht realisierbar. Es bleibt die Vermutung, dass der Rümlanger Gemeindepräsident Hardegger (SP) dem Zürcher Regierungsrat Fehr (SP) sowie Bundesrätin Sommaruga (SP) politische Unterstützung für das BAZ zugesichert hat. Angesichts der vielen überregionalen Lasten und zukünftigen Bedürfnisse, welche in unserem Bezirk anfallen, wäre vielmehr «mangelnde Unterstützung» in Form von Widerstand angesagt gewesen. So trägt der Bezirk Dielsdorf zum Beispiel einen erheblichen Teil der Fluglärmemissionen. Mit der im Chalberhau entstehenden Deponie sowie dem Richtplaneintrag Deponie Feldmoos trägt der Bezirk Dielsdorf in Zukunft weitere Allgemeinlasten. Zudem ist der Standort «Nördlich Lägern» im Gespräch als Tiefenlagerstandort. Soll nun noch ein BAZ im Nordosten des Bezirks entstehen, wird eine weitere gesetzlich verbotene Ungleichheit aufgebaut!

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung von folgenden Fragen:

1. Findet der Regierungsrat, dass die allgemeinen Lasten der Grossregion Zürich fair auf Zürich und die angrenzenden Kantone verteilt sind? Wie begründet er dies?
2. Findet der Regierungsrat, dass bezüglich der allgemeinen Lasten innerhalb des Kantons eine Gleichheit besteht? Wenn ja, mit welcher Begründung?
3. Wird mit dem geplanten BAZ in Rümlang regionale Ungleichheit auf- oder abgebaut?
4. Welche Kompensationen in Bezug auf die Lastenverteilung kann der Regierungsrat der Gemeinde Rümlang sowie dem Bezirk Dielsdorf anbieten?

Stefan Schmid  
Jürg Sulser  
Christian Lucek